

# Zehn Landes-Politiker stellen sich den Fragen

: Die lie:zeit gilt in der Öffentlichkeit als ausgewogene und über den Parteien stehende Zeitung, deren Publikationen jedes Mal von rund 100'000 Menschen gelesen werden. Wir haben uns für diese Ausgabe zehn bekannte Politikerpersönlichkeiten ausgewählt, die völlig unabhängig voneinander brennende Fragen der Gegenwart und Zukunft aus ihrer Sicht beantworten. Was dabei herausgekommen ist, lesen Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Von Herbert Oehri



**Jürgen Beck**

Parteizugehörigkeit: Vaterländische Union (VU)  
Wohnort: Vaduz  
Ausbildung: Kaufmann  
Beruf: Unternehmer  
Politische Funktion: Landtagsabgeordneter

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Jürgen Beck:** Wenn man von Steuererhöhungen spricht, hat man grundsätzlich schon verloren. Ich bin der Auffassung, dass Steuererhöhungen die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes bremsen würden. Wir haben uns ja sogar mit ähnlichem Argument gegen die Angriffe aus dem Ausland verteidigt. Wir waren es, die gesagt haben: «Macht in euren

Ländern eine vernünftige Steuerpolitik, dann werden euch die Leute mit ihrem Geld auch nicht davon rennen». Wir müssen uns also nur an unsere eigenen Worte erinnern und an unseren Prinzipien festhalten. Wenn nun der Regierungschef von möglichen Steuererhöhungen spricht, dann kann ich das nur als Warnschuss verstehen, damit seine Sparmassnahmen auch umgesetzt werden. Wir müssen uns der wirtschaftlichen Veränderungen bewusst sein, unsere Arbeit richtig machen und nicht in Resignation versinken, dann sind Steuererhöhungen auch nicht nötig. Um es auf den Punkt zu bringen; ich werde meine Kraft dafür einsetzen, dass es gar nicht so weit kommt.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Jürgen Beck:** Das ist natürlich so eine Sache, wenn man von Zukunftsprojekten spricht. Allein das Wort Zukunftsprojekt liesse schon verschiedene Definitionen und Interpretationen zu. Zukunftsprojekte verstehe ich als Aktionen, die unser Land und die Bewohner unseres Landes vorwärts bringen. Wir, die verantwortlichen Mandatsträger, haben in erster Linie dafür zu sorgen, dass es der Bevölkerung gut geht. Ich gehe davon aus, dass es uns momentan noch sehr gut geht.

Wenn dem so ist, wie ich glaube, müssen wir zwingend, als Erstes diesen Status erhalten und dann nach Möglichkeiten ausbauen.

Die Ansichten, welche Projekte zu dieser Zielerreichung beitragen, können je nach Auffassung differieren. Ich bin beispielsweise der Meinung, dass uns eine S-Bahn mehr kosten als nützen wird. Viel mehr bin ich der Meinung, dass wir Geld in den Erhalt unserer Sozialwerke, in eine gute Gesundheitsversorgung, in die Bildung und in wirtschaftsfördernde Massnahmen investieren sollten.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Jürgen Beck:** Wir müssen zu unserer Heimat stehen. Identität stiftende, die liechtensteinische Kultur prägende Institutionen, wie das Landeskirchenprimat und gesellschaftliche Traditionen müssen bewahrt werden und nicht dem kurzsichtigen aktuellen Zeitgeist mit heute unabsehbaren zukünftigen Folgewirkungen geopfert werden. Die Politik ist zudem gefordert bezahlbaren Eigenwohnraum für Familien zu schaffen. Es kann und darf nicht sein, dass liechtensteinische Bürger aufgrund immer höher steigender Wohnnersteuerungskosten gezwungen sind, ins benachbarte

Ausland zu ziehen und umgekehrt gutbetuchte Ausländer ihren Wohnsitz insbesondere aus steuerlichen Optimierungspunkten nach Liechtenstein verlegen. Hier sind Politik und Staat dringend gefordert, adäquate Lösungen zu erarbeiten. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die bestehende Staatsform erhalten bleibt. Fürstenhaus und Volksvertretung bilden durchaus eine erfolgreiche Partnerschaft. In einer guten Partnerschaft profitieren beide voneinander. Ich bin der festen Überzeugung, dass Fürst und Volk sich gegenseitig brauchen. Voraussetzung ist, dass sich beide Partner selbstbewusst und respektvoll begegnen.

**lie:zeit** Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?

**Jürgen Beck:** Die AHV, eine Erfolgsgeschichte und eine sensationelle Errungenschaft. Mit der Einführung der AHV hat der Staat den Bürgern Sicherheit gegeben und eine grosse Verantwort-

tung übernommen. Dass sich die Altersstrukturen verändern, immer mehr Bezüger immer weniger Einzahlern gegenüber stehen, ist eine Tatsache, die schon länger bekannt ist und im Übrigen auch in anderen Ländern zu Diskussionen führt. Dass sich das Umfeld geändert hat wissen wir. Also müssen wir handeln und zwar sofort. Es gibt verschiedenste Lösungsmöglichkeiten, wie man die künftige Finanzierung der AHV sichern kann. Ich stelle mir nur einfach die Frage, soll das wirklich über Prämienhöhung oder Kürzungen der Leistungen passieren? Sicher bei der AHV handelt es sich um einen Solidarpakt, alle werden ihren Teil zu leisten haben, in erster Linie aber der Staat, denn der Staat hat seinen Bürgern ein Versprechen abgegeben. Der Staat hat versprochen für eine solide Altersvorsorge zu guten Konditionen zu sorgen. Wenn die Politik nicht den letzten Funken Glaubwürdigkeit verlieren will, dann ist sie gut beraten, Versprochenes auch zu halten.



**Doris Frommelt**

Parteizugehörigkeit: Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)  
Wohnort: Schaan  
Ausbildung: Kauffrau  
Beruf: Familienfrau  
Politische Funktion: Landtagsabgeordnete

**lie:zeit Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?**

**Doris Frommelt:** Steuererhöhungen sind meines Erachtens

das absolut letzte Mittel, um den Staatshaushalt ausgeglichen zu gestalten. Momentan sollte diesbezüglich die Ausgabenseite im Mittelpunkt stehen. Ich bin überzeugt, dass es noch einige Möglichkeiten gibt, die Ausgaben des Landes weiter zu reduzieren. Wenn jedoch mittelfristig erkannt wird, dass die Reduktion der Ausgaben für einen ausgeglichenen Haushalt nicht ausreicht, sind Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen. Dabei ist mir von Bedeutung, dass der Mittelstand nicht weiter belastet wird. Wir müssen jedoch auch die wirtschaftliche Entwicklung abwarten, da es momentan unsicher ist, wie sich die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren entwickelt. Sollte sich die Wirtschaft kommenden Jahr zu erholen beginnen, werden die Einnahmen auch ohne Steuererhöhungen steigen. Das wäre wünschenswert.

**lie:zeit Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?**

**Doris Frommelt:** Wir müssen weiterhin in die Zukunft unseres Landes investieren, um den Standort und die Infrastruktur modern zu erhalten. Liechtenstein muss darauf achten, dass neben der Standortattraktivität auch die gute Lebensqualität erhalten bleibt. Von Bedeutung ist mir auch die Sicherung einer intakten Natur und Umwelt, weshalb ich einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Investitionen in den Umweltschutz befürworte. Ich bin der Ansicht, dass wir ein eigenes Landesspital zur Sicherstellung der Grundversorgung benötigen. Trotz allen Sparanstrengungen ist es wichtig, dass wir auch weiterhin familienpolitische Massnahmen unterstützen. Weiters erhoffe ich mir, dass Liechtenstein seine humanitäre Tradition weiterführt und jährlich einen angemessenen Beitrag an die Internationale Humanitäre Entwicklungszusammenarbeit leistet und damit solidarisch ist mit den Ärmsten dieser Welt.

**lie:zeit Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?**

**Doris Frommelt:** Die grösste Herausforderung wird sicherlich sein, den Staatshaushalt ausgeglichen zu gestalten. Dabei ist es mir von Wichtigkeit, dass wir nachhaltig sparen. Wir müssen neue Einnahmequellen generieren, weshalb ein attraktiver Wirtschaftsstandort von grundlegender Bedeutung ist. Eine florierende Wirtschaft bringt nicht nur Vorteile für den Staatshaushalt, sondern auch für die Bevölkerung. Damit werden Arbeitsplätze geschaffen und unserer Jugend die Möglichkeit gegeben, in ihrer Heimat eine Lehre zu absolvieren, berufliche Perspektiven zu haben sowie ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie werden dann nicht gezwungen, im Ausland nach Arbeit zu suchen und dem Land den Rücken zu kehren. Daher muss es oberstes Ziel sein, dass wir unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch in Zukunft in den heimischen Wirtschaftskreislauf integrieren.

**lie:zeit Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?**

**Doris Frommelt:** Wir müssen darauf achten, dass auch zukünftige Generationen sich auf eine solide finanzielle Grundlage der AHV stützen können. Wir wissen, dass die Entwicklung der AHV momentan nachteilig verläuft, weshalb wir jetzt Massnahmen einleiten müssen, um die AHV enkeltauglich zu machen. Die demographische Entwicklung wird diese Tendenz noch beschleunigen. Für mich ist es von Bedeutung, dass keine einseitigen Entscheide gefällt werden. Die AHV-Bezüger müssen genau gleich an der Sanierung der AHV beteiligt werden wie jene, die momentan noch in die AHV einzahlen. Es muss ein Gesamtpaket sein, das alle Ge-

nerationen in die Verantwortung nimmt, dann ist es auch mehrheitsfähig.



**Harry Quaderer**

Parteizugehörigkeit: keine  
Wohnort: Schaan  
Ausbildung: Kaufmann  
Beruf: Senior Trust Officer  
Politische Funktion: Landtagsabgeordneter, Chef der liechtensteinischen EWR-EFTA Parlamentarier Delegation

**lie:zeit Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?**

**Harry Quaderer:** Nein, noch sind wir an diesem Punkt nicht angelangt. Ich denke mir solange uns die Regierung in jedem Landtag immer noch mit diversen Kreditüberschreitungen und Nachtragskrediten beglückt, einen immer noch sehr aufgeblähten Staatsapparat unterhalten und Millionen für Expertisen ausgeben, welche dann ungelesen in einer Schublade landen, tönt der Schritt einer Steuererhöhung um den Staatshaushalt zu sanieren zum jetzigen Zeitpunkt lächerlich! Bei uns herrscht immer noch das Klima, sparen ja, nur bei mir nicht! Da erwarte ich mir, dass die Regierung auch mal Zeichen setzt. Wir haben die Mindestertragssteuer im Gesellschaftswesen um 20% erhöht und wäre es nach der Regierung gegangen, hätte man diese um 80% erhöht! Eine solch drastische Erhöhung hätte wohl kurzfristig viel Geld in die Kassen gespült, jedoch langfristig eine der erfolg-

reichsten Wirtschaftsbranchen in unserem Lande zunichte gemacht. Steuern aus Mieteinnahmen werden in den nächsten Jahren sicherlich ein Thema werden.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Harry Quaderer:** Es stehen zur Zeit drei sehr kostenintensive Projekte im Raum. Da wäre das neu zu bauende Landesspital, Schulzentrum 2 im Unterland und die S-Bahn. Ein Investitionsvolumen von guten 250 Millionen Franken! Von diesen drei Projekten steht sicherlich der Neubau Landesspital im Fokus. Die letzten zehn Monate haben aber gezeigt, dass es, um solche Investitionen zu realisieren, einen Konsens zwischen Regierung, Landtag und Volk braucht! Eine nicht durchdachte, von Partikularinteressen getragene und schlecht konzipierte Lösung wird vom Volk nicht goutiert! Es kann doch nicht sein, dass man der Mittelschicht durch Salami-rädchen-Taktik die Franken aus der Hosentasche zieht und bei Grossinvestitionen beide Augen zudrückt! Das Volk lässt sich zum Glück nicht für dumm verkaufen. Die Investition Neubau Landesspital ist für mich unbestritten. Es muss aber ein Projekt vorliegen, bei welchem wir als Gesellschaft alle davon profitieren können. Die Regierung, aber insbesondere die Gesundheitsministerin stehen in der Pflicht und müssen eine bittere Abstimmungsniederlage durch das Volk zum Positiven verarbeiten.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Harry Quaderer:** Ohne hellseherische Fähigkeiten entwickelt zu haben: Die grössten Herausforderungen werden geopolitische und weltwirtschaftliche Entwicklungen sein, welche unangemeldet an unsere Haustüre anklopfen und welchen wir uns unweigerlich anpassen oder denen wir entgegen wirken müssen. Oder anders ausgedrückt: Die im Moment katastrophalen

und unverantwortbaren Entscheidungen anderer Länder und Politiker werden auch bei uns Spuren hinterlassen. Die Euro-Krise entwickelt sich zusehends und G20 Länder oder auch die OECD machen Druck im fiskalischen Bereich, ohne auch nur ansatzweise mal in ihren eigenen Haushaltsspiegel zu schauen um zu erkennen wo die Ursachen dieser Weltwirtschaftsmisere liegen. Als Kleinstaat sind wir immer der Gefahr, als Spielball grösserer Staaten benutzt zu werden, ausgesetzt. Die grösste Herausforderung wird sein, uns als kleines Land Liechtenstein nicht in eine Masse von Verträgen und Abmachungen einzulassen, bei welchen wir uns dann in eine Abhängigkeit begeben, aus der wir die Flexibilität und eigene Entscheidungsfähigkeit aufs Spiel setzen.

**lie:zeit** Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?

**Harry Quaderer:** Die demografische Entwicklung ist wirklich so, dass die Alterspyramide auf den Kopf gestellt ist. Und dies vor allem in ganz Europa! Nicht nur nimmt die ältere Bevölkerungsgruppe zu, auch werden die Lebensjahre zusehends länger. An und für sich ja nichts Schlechtes! Wie können wir die Alterspyramide wieder drehen und der Gesellschaft mehr Kinder schenken? Es gibt kein einfaches Rezept. Unsere Regierungen haben sich dabei ja auch schon die verschiedensten Massnahmen ausgedacht. Vor nicht allzulanger Zeit wollte man den Kindersegen mit einem einmaligen Zustupf von über zwanzigtausend Franken ankurbeln und zwischenzeitlich, kaum drei Jahre später, will man die Kinderzulagen abschaffen! Irgendwo dazwischen müsste es doch sicherlich Lösungen geben.

Das Gesellschafts- und Familienleben hat sich durch verschiedene Entwicklungen in den letzten 50 Jahren doch ganz gewaltig verändert. Der Trend zur «Ich»-Gesellschaft und weg vom traditionellen Familien-Leben hat auch in Liechtenstein nicht halt gemacht. Eine Lösung wird sich wohl erst abzeichnen, wenn die Axt am Baum ist!



**Werner Kranz**

Parteizugehörigkeit: Vaterländische Union (VU)  
Wohnort: Nendeln  
Ausbildung: Dipl. Ing. FH  
Beruf: Leiter des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung  
Politische Funktion: Landtagsabgeordneter

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Werner Kranz:** Ein Staat hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten um einen ausgeglichenen Staatshaushalt herzustellen: Entweder er vergrössert seine Einnahmen, indem er die Steuern und Abgaben erhöht oder er muss seine Ausgaben deutlich reduzieren. Wenn wir uns die Finanzplanung der kommenden vier Jahre anschauen (durchschnittlicher Fehlbetrag von rund 100 Mio. pro Jahr), dann wird auch in Zukunft ein ausgewogenes und nachhaltiges Sparen in allen Bereichen notwendig sein,

also im Bereich der Beitragsleistungen, beim Personal- oder beim Sachaufwand sowie bei den Finanzaufweisungen. Um das Ziel, einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen zu können, wird es auch auf der Einnahmenseite, im Bereich der Steuern und Abgaben, ausgewogene und nachhaltige Massnahmen benötigen. Weder Steuererhöhungen noch Leistungskürzungen sind populär. Es wird uns gerade in Zeiten der vermutlich noch länger andauernden Konjunkturkrise nichts anderes übrig bleiben, als an beiden Stellenschrauben – Ausgaben und Einnahmen – mit Mass und Ziel zu drehen.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Werner Kranz:** Sparanstrengungen, seien diese vom Staat oder von den Gemeinden, dürfen im Grundsatz zwingende und vor allem nachhaltige Investitionen in Zukunftsprojekte nicht verhindern. Dies gilt für mich für alle Bereiche, angefangen von der Gesundheit, den Finanzen, der Bildung, der Umwelt bis hin zur Sozialen Wohlfahrt um nur einige genannt zu haben. Im Konkreten spreche ich hier von für unser Land grössenverträglichen und finanzierbaren Zukunftsprojekten, wie beispielsweise das Führen eines eigenen und unabhängigen Landesspitals, die zeitnahe Realisierung eines zweiten Schulzentrums im Unterland, regional abgestimmte Verkehrs- sowie nachhaltige Finanz-, Umwelt- und Wirtschaftsförderungsprojekte. Dabei wird es vorgängig unerlässlich sein, dass bei dem von der Regierung ausgegebenen strategischen Steuerungsinstrument «Agenda 2020» die dazugehörigen Eckwerte verbindlich festgelegt werden, um die zukünftigen Herausforderungen unseres Landes zum Wohle unserer Bevölkerung erfolgreich meistern zu können.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Werner Kranz:** Eine der grössten Herausforderung - gerade in diesen nicht einfachen Zeiten - für unser kleines Land wird sein, so rasch als möglich einen ausgeglichenen Staatshaushalt anzustreben, um eine Staatsverschuldung vermeiden zu können. Dieses Ziel kann nur gemeinsam, also in Zusammenarbeit mit allen Akteuren erreicht werden. Die Zukunft unseres Landes wird heute stärker denn je von den Entwicklungen in anderen Ländern bestimmt. Die zunehmende globale Vernetzung von Wirtschaft und Politik wird gerade deshalb in Zukunft eine zentrale Rolle zukommen. Des Weiteren wird die Qualität der Aus- und Weiterbildung und damit der Zugang zu gut ausgebildeten Berufsleuten eine tragende Säule für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sein. Zudem gilt es insbesondere dem Wirtschaftsstandort Liechtenstein, mit politischer Stabilität und Rechtssicherheit, attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

**lie:zeit Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?**

**Werner Kranz:** Die Regierung hat mit dem Bericht und Antrag zu dieser Thematik im Oktober-Landtag einige Möglichkeiten aufgezeigt, um auf diese Problematik reagieren zu können und welche Wechselwirkungen solche Massnahmen mit sich bringen werden. Es waren dies unter anderem eine mögliche Erhöhung des Rentenalters, eine Verminderung oder Abschaffung des Weihnachtsgeldes, eine Erhöhung der Beitragssätze sowie eine Verkürzung des Anspruchs auf Rentenvorbezug. Um den demographischen Kostendruck senken zu können, müssen die Verantwortlichen aus Politik zu-

sammen mit der Wirtschaft bestimmte Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes so umgestalten, dass «ältere» Arbeitskräfte länger und intelligenter ins Berufsleben eingebunden werden können. Mittel- bis langfristig wird der Staat aus Gründen des Kostendrucks wahrscheinlich verschiedene Aufgaben an Bürger und Unternehmen übertragen und sich vermehrt auf seine Kernaufgaben beschränken müssen.



**Pepo Frick**

Parteilzugehörigkeit: Freie Liste (FL)  
Wohnort: Schaan  
Beruf: Arzt  
Politische Funktion: Landtagsabgeordneter

**lie:zeit Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?**

Ja, selbstverständlich, wir sind auf einen mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalt angewiesen. Wir könnten weiter die Niedrigverdiener und den Mittelstand einseitig belasten, z.B. durch Abschaffung des NBU-Staatsbeitrages oder durch weniger Subvention der Krankenkassenprämien. Für mich sind hier Grenzen bereits überschritten, der Mittelstand gefährdet. Der Landtag hat 2010 ohne Not in gegen die einsame Stimme der Freien Liste die Erbschaftsteuer abgeschafft, die jährlich mehr als 8 Millionen eingebracht hat.

Ich finde das unverantwortlich. Im letzten Jahr hat ein einziger Erbschaftsfall 20 Millionen eingebracht. Das neue Steuergesetz schont die Bestverdienenden, ein Antrag der FL, Leute mit Einkommen über 300 000 Franken minimal mehr zu besteuern, wurde hochkant abgelehnt. Die Mindesteinkommensteuer wurde durch den Landtag minimal erhöht, obwohl der Treuhänderverband selbst für eine weitergehende Erhöhung plädiert hat: Das beschert Mindereinnahmen von 15 Millionen. Erhöht werden Gebühren, welche alle gleich treffen, geschont werden die Bestverdienenden.

**lie:zeit Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?**

**Pepo Frick:** Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft muss beschleunigt werden, das ist die Zukunfts-Investition. Hier besteht die Gefahr, dass wir den Anschluss verlieren, wenn wir die umliegenden Länder betrachten. Das Bundesland Vorarlberg verbirgt seit Jahren nur noch Wohnbauförderung, wenn das Gebäude hohen ökologischen Ansprüchen genügt. An diesem ökologischen Umbau hängen auch künftige Arbeitsplätze. Liechtenstein hat zu wenig Lenkungsmaßnahmen Richtung ökologischer Wirtschaftlichkeit bzw. wirtschaftlicher Ökologie. Die S-Bahn als Rückgrat des öffentlichen regionalen Verkehrs ist zukunftsorientiert, sowohl ökologisch wie auch wirtschaftlich. Die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht gekürzt werden, als sehr reiches Land können wir uns der internationalen Solidarität nicht verschliessen. Die Investitionen in die Bildung muss intensiviert werden, eine erhöhte Maturitätsrate ist matchentscheidend, der Grossteil der künftigen Berufe in unserer Wissensgesellschaft braucht heute einen Hochschulabschluss.

**lie:zeit Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?**

**Pepo Frick:** Wir müssen uns in eine nachhaltig und sozial-

ökologisch orientierte Leistungsgesellschaft entwickeln. In den letzten Jahrzehnten ist uns Vieles in den Schoss gefallen, staatlich subventioniertes Wohlergehen wurde zur Selbstverständlichkeit. Der den EinwohnerInnen Liechtensteins angeborene Leistungswille muss durch intelligente, auch politische Massnahmen, wiedererweckt werden. Es wird aber auch entscheidend sein, dass die Gesellschaft nicht in Einzelinteressen auseinanderdriftet, Fairness und Gerechtigkeit muss zur Staatsaufgabe werden. Die Kleinheit unseres Landes sollte nicht dazu führen, dass wir Grenzen gegen aussen errichten, sondern uns gerade auch regional vernetzen. Wir sind zu unbedeutend, um Sonderzügen zu fahren. Wir müssen die theoretischen Widersprüche von Ökologie und Wirtschaft in eine zukunftsorientierte ökologische Wirtschaft überführen, welche uns als Kleinststaat im europäischen Kontext autonom überleben lässt.

**lie:zeit Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?**

**Pepo Frick:** Bei diesem Thema belügt sich die Politik dauernd selbst. Die Politik weiss genau, dass mit den heutigen Regeln bei der bekannten demographischen Herausforderung die Rente für unsere Enkel nicht mehr gesichert ist. Der Landtag hat auf Antrag der Regierung gerade erst zugelassen, dass sich der Staat auf Kosten der AHV teilsaniert, die Reserven sinken kurzfristig. Die weiteren notwendigen Massnahmen scheinen wieder einmal unterzugehen in einem wohl wahlkampfbedingten Geplänkel zwischen den beiden Koalitionsparteien. Die langsame Reduzierung der 13. Monatsrente ist ein Tabu, eine minimale Erhöhung

der Lohnbeiträge wird nur hinter vorgehaltener Hand gefordert. Die Öffentlichkeit wird damit vertröstet, dass in den nächsten Jahrzehnten ja nur die Hälfte der AHV-Reserven abgebaut wird. Es wird geflissentlich verschwiegen, dass die Rente unserer Enkelinnen und Enkel gefährdet ist. Durch die «Kopf-in-den-Sand-stecken-Taktik» ist das soziale Jahrhundertwerk tatsächlich gefährdet.



**Johannes Kaiser**

Parteizugehörigkeit: Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)  
Wohnort: Schellenberg  
Beruf: Medienschaffender  
Politische Funktion: Landtagsabgeordneter, Fraktions-sprecher der FBP

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Johannes Kaiser:** Meines Erachtens ist die Ausgabenseite weiter zu konsolidieren und man muss sich auch Gedanken machen, wie zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden könnten. Damit Sie mich richtig verstehen: Einnahmenerhöhung heisst und bedeutet nicht gleich Steuererhöhung. Und hierfür muss man sich übergeordnete Gedanken machen. Es ist nun dringend notwendig, Visionen und Strategien zu erarbeiten, in welchen Märkten sich Liechtenstein zukünftig aufstellen kann und will. Welche Rahmenbedingungen Liechtenstein stellen

muss, mit denen unser Land für internationale wertschöpfungsorientierte Unternehmen eine Ansiedlungswirkung ausstrahlen kann. Welche Ausbildungs-Bereiche Liechtenstein in Zukunft aktiv entwickeln muss. Will ein zusätzliches Wirtschaftswachstum erzielt werden, sind Steuererhöhungen das schlechteste Signal. Ganz entscheidend wird für Liechtenstein auch ein umfassendes und funktionierendes DBA-Netz sein. Solange ein solches nicht vorhanden ist, wird der Standortentscheid eher auf die Schweiz - und insbesondere aus der Konkurrenz Betrachtung auf die Region Rheintal - fallen, da die Steuerbelastung nicht wesentlich höher ist, der Boden günstiger erworben werden kann und insbesondere ein umfassendes DBA-Netz existiert. Zudem bieten die Schweizer Kantone verschiedene finanzielle sowie organisatorische Unterstützungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung an. Das Mittel der Steuererhöhungen darf als eine ultima ratio angesehen werden, vorerst sind dringend neue Einnahmequellen zu finden bzw. die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass neue Wertschöpfung in Liechtenstein entsteht.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Johannes Kaiser:** In wirtschaftlich angespannten Zeiten, in denen zudem die konjunkturellen Vorzeichen mittel- und längerfristig nicht verheissungsvoll sind, sollte die öffentliche Hand antizyklisch wirken. Mit anderen Worten heisst dies, dass es nicht zielführend ist, wenn Land und Gemeinden ihre Investitionen völlig einstellen und diesen Investitions-Pessimismus auf diese Weise enorm verstärken würden. Dies hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft, das Gewerbe und die KMUs sowie letztlich auf die Arbeitsplätze. Gleichzeitig ist angezeigt, dass künftige Projekte in Bezug auf die Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Ausbaustandards sowie Folgekosten genauestens geprüft und in diesem Sinne nachhal-

tig ausgerichtet werden. Sparen heisst demzufolge nicht, dass man sich Zukunftsinvestitionen verschliesst und keine Investitionen mehr zulässt. Wenn wir heute in bestimmten Bereichen nicht in unsere Zukunft investieren, werden wir keine Zukunft haben.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Johannes Kaiser:** Es geht darum, Visionen zu entwickeln. Liechtenstein muss sich klar werden, in welchen Märkten in Zukunft eine bedeutende Stellung erlangt werden will und welche Schritte dazu einzuleiten sind. Das ist eine Führungsaufgabe. Die Agenda 2020 enthält diese Visionen nicht. Wir wären heute in der Lage, vernünftige und zukunftsorientierte Szenarien zu entwickeln, die für die nächsten Generationen eine sichere und nachhaltige Wirkung hätten. Die finanziellen Mittel für die Entwicklung solcher Szenarien stehen mit dem Zukunftsfonds zur Verfügung. Diese Herausforderung - die Weichenstellung für unsere zukünftigen Generationen auf dieses Ziel hin zu fokussieren - wäre besser heute als morgen anzugehen.

**lie:zeit** Stichwort - Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?

**Johannes Kaiser:** Dass die Problematik der demografischen Entwicklung immer noch verdrängt wird, ist für mich unerklärlich. Die demografische Entwicklung wird nicht nur auf die AHV ihre Auswirkungen haben, wenn künftig immer weniger «Einzahler» für eine immer grössere Anzahl von Altersrente-Bezüger aufkommen müssen. Mathematisch kann dies irgendwann nicht mehr ausgehen. Die demografi-

sche Entwicklung wird in allen Lebensbereichen gravierende Umwälzungen mit sich bringen: in der kleinsten Zelle der Familie, im Gesellschaftsleben, in der Wirtschaft, Bildung, im Gesundheits- und Sozialwesen. Bei der AHV wird das Phänomen der demografischen Entwicklung am deutlichsten vor Augen geführt, doch wird die Politik diese gesellschaftliche Entwicklung in all ihren Entscheidungen mit hoher Priorität mit einbeziehen müssen. Es genügt nicht, wenn sich mit dieser künftig wohl grössten politischen Herausforderung nur ein Minister oder eine Ministerin der Regierung auseinandersetzt. Es müsste dringend eine hoch dotierte Arbeitsgruppe oder ein Think Tank eingesetzt werden.



**Elmar Kindle**

Parteizugehörigkeit: Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)  
Wohnort: Triesen  
Ausbildung: Dipl. Ing. FH  
Politische Funktion: Abgeordneter, FBP-Vizepräsident  
Oberland

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Elmar Kindle:** Nein, das wäre jetzt das falsche Signal. Wir haben eben erst eine Steuerreform verabschiedet und müssen jetzt die Geduld haben, dieser Reform Raum und Zeit zu lassen. Eine Steuererhöhung kommt für mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Elmar Kindle:** Investitionsprojekte, welche den kommenden Generationen Perspektiven eröffnen, sind anzudenken und umzusetzen. Dazu zählen beispielsweise das S-Bahn-Projekt, Investitionen in die Altersvorsorge oder die medizinische Grundversorgung.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Elmar Kindle:** Der ausgeglichene Staatshaushalt ist die prioritäre Aufgabe. Dieser ist im Moment alles unterzuordnen.

**lie:zeit** *Stichwort: Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV). Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?*

**Elmar Kindle:** Die politischen Gremien und die Verantwortlichen der AHV müssen sich der Aufgabe der Rentensicherung ständig stellen. Dazu müssen Szenarien entwickelt und seitens der Politik bewertet werden. Dies ist eine sehr komplexe Aufgabe, welche hier nicht beantwortet werden kann.



**Martin Meyer**

Parteizugehörigkeit: Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)  
Wohnort: Gamprin  
Ausbildung: Dipl. Ing. FH  
Beruf: Politiker  
Politische Funktion: Regierungschef-Stellvertreter

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Martin Meyer:** Ich erachte Steuererhöhungen als den falschen Weg. Diese verschaffen uns Standortnachteile und belasten die Menschen im Land. Der richtige Weg ist, durch Einsparungen die Ausgaben zu senken und mittels neuer Geschäftsfelder die Einnahmen zu steigern.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Martin Meyer:** Ich bin der Überzeugung, dass wir trotz Sparanstrengungen die Infrastruktur nicht vernachlässigen dürfen. Dies betrifft sowohl den Ausbau unseres Glasfasernetzes im Land, wie auch die Lösung der Verkehrsprobleme mittels Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Gleiches gilt für den Bildungsbereich und die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt. Wer hier spart, spart an der eigenen Zukunft.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Martin Meyer:** Wir müssen neue Wachstumsbereiche erkennen und Rahmenbedingungen schaffen, damit sich neue Unternehmen ansiedeln können. Wenn in den klassischen Bereichen die Einnahmen sinken und die Attraktivität des Standortes sinkt, brauchen wir einen gesellschaftlichen Schulterschluss aller Beteiligten, damit gemeinsam Lösungen ausgearbeitet werden können.

**lie:zeit** *Stichwort: Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV): Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?*

**Martin Meyer:** Die Generationenbilanz aus dem Jahr 2007 hat uns gezeigt, dass auch Liechtenstein bzgl. der demografischen Entwicklung nicht nachhaltig durchfinanziert ist. Gleichzeitig hat die Studie aber auch gezeigt, dass eine Lösung der anstehenden Probleme im Vergleich zu anderen Staaten relativ einfach umsetzbar wäre, wenn der politische Wille vorhanden ist.



**Doris Beck**

Parteizugehörigkeit: Vaterländische Union (VU)  
Wohnort: Ruggell  
Ausbildung: Executive MBA HSG  
Beruf: Unternehmerin  
Politische Funktion: Landtagsabgeordnete

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Doris Beck:** Grundsätzlich ist es natürlich so, dass die aktuelle Entwicklung des Staatshaushaltes uns dazu zwingen wird, sowohl die Ausgabenseite als auch die Einnahmenseite kritisch zu betrachten. Mit dem im Jahre 2010 im Landtag verabschiedeten Sparmassnahmenpaket wurde ausschliesslich bei der Ausgabenseite angesetzt. Ich persönlich bin der Meinung, dass auf der Ausgabenseite falls notwendig noch Potential für Einsparungen vorhanden ist, bevor auf der Einnahmenseite justiert werden muss. Kommen wir trotzdem noch zur Einnahmenseite, welche sich aus Steuereinnahmen und Abgaben zusammensetzt. Ganz konkret zu ihrer Frage: Steuererhöhungen für Privathaushalte sehe ich mittelfristig nicht. Zu hoffen ist, dass wir durch innovative Firmengründungen zu ergänzenden Steuereinnahmen kommen. Falls Steuererhöhungen wirklich notwendig würden, ist ein ausgewogenes Mass zu wählen, welches für die gesamte Bevölkerung und die Wirtschaft langfristig tragbar ist. Schnellschüsse und Einzelinitiativen sind hier nicht gefragt.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Doris Beck:** Zukunftsgerichtete Investitionsprojekte kommen für mich immer in Frage. Wichtig ist es die Bauvorhaben mit Mass und Ziel zu gestalten. Es ist vermehrt auf zweckmässiges Bauen und auf massvolle spätere Unterhaltskosten zu achten. Nehmen wir das Beispiel der Schulbauten. In der jüngsten Vergangenheit wurden einzelne Bauten fast als Kunstwerke konzipiert, dies kann nicht der Standard der Zukunft sein. Auch gilt es bei Sanierungen abzuwägen. Wo sind Sanierungen noch sinnvoll und wo ist ein Neubau aus Finanzmittelbedarf-Sicht langfristig der günstigere Weg? Auch können solche Überlegungen eine Chance sein aus einer verzettelten, gewachsenen Ausgangslage (wie z.B. bei der Schulstandortplanung: vier Schulstandorte im Oberland, einer im Unterland) einen neuen gesamtheitlichen Weg einzuschlagen. Die Möglichkeit in einem zukunftsorientierten Gesamt-konzept die in den letzten 30 Jahren veränderten Rahmenbedingungen (Bevölkerungswachstum, Wirtschaftszentren, Siedlungs- und Wohnungsentwicklung, Verkehrsentwicklung und veränderte Lebensqualitäts-Merkmale) zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, Chancen zu erkennen und in diesem Fall ein flexibles, anpassungsfähiges Gesamt-Schulraumkonzept zu erarbeiten, damit das primäre Ziel erreicht werden kann: den besten Schüler-Output zu erzielen.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Doris Beck:** Zu den grössten Herausforderungen für unser Land zählt das Reagieren und Stabilisieren der globalen Einflüsse. Die letzten Monate haben gezeigt, wie stark wir von den ausländischen, europäischen und auch globalen Entwicklungen abhängig sind. Sie sind der Motor oder die Bremse unserer Wirtschaft. Eine breit diversifizierte Wirtschaft ist ein wichtiges Element zur Stabilisierung. Ein weiteres das Schaf-

fen von wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt ist es die Investition in die Bildung – Unsere Jugend, eine zukünftige Wissensgesellschaft, als einer unserer wichtigsten Rohstoffe des Landes.

**lie:zeit** Stichwort: Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV): Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?

**Doris Beck:** Zu diesem Thema wurde erst kürzlich ein Bericht und Antrag im Landtag behandelt. Es wurden einige Möglichkeiten zur Stärkung und Sicherung der AHV skizziert. Dies mit entsprechendem Aufzeigen von Kosten, Wirkungsfeld, politische Hindernisse, etc. Ich habe bereits in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass es nun an der Politik (gesamthaft nicht nur einer Partei) liegt unpopuläre Massnahmen mit der grössten Wirkung zur Einarbeitung in die Gesetzesvorlage für die zweite Lesung der Regierung in Auftrag zu geben. Es haben sich leider keine solchen überparteilich getragenen Massnahmen definieren lassen – schade, eine verpasste Chance um in diesem Problemfeld für unsere Gesellschaft einen Schritt in die Zukunft zu tun. Über kurz oder lang werden wir uns diesen vorgeschlagenen Massnahmen annehmen müssen und über die Parteigrenzen hinweg und auch mit Einbezug der Wirtschaft die Leitplanken für die Sicherung der AHV für die nächste Generation festlegen.



**Klaus Tschütscher**

Parteizugehörigkeit: Vaterländische Union (VU)  
Wohnort: Ruggell  
Beruf: Politiker  
Politische Funktion: Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein

**lie:zeit** Können Sie sich Steuererhöhungen vorstellen und wenn ja in welchen Bereichen?

**Klaus Tschütscher:** Für die Zukunftsperspektiven Liechtensteins ist eine solide Finanzpolitik, die die mittel- und langfristige Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht behält, ganz entscheidend. Wenn wir diese Finanzdisziplin nicht aufbringen, werden unsere Finanzreserven rasch dahinschmelzen. Dieser Tendenz müssen wir aus Verantwortung für nachfolgende Generationen mit Nachdruck entgegenwirken. Zudem können wir nur mit einem gesunden Staatshaushalt die guten Rahmenbedingungen für unsere Bevölkerung und für die Wirtschaft aufrechterhalten, was sich wiederum direkt auf die Ertragskraft der Betriebe und auch des Staates auswirkt. Eine drastische Verschlechterung der Staatsfinanzen würde zwangsläufig auch eine Herabstufung unserer Kreditwürdigkeit mit unabsehbaren Folgen nach sich ziehen. Deshalb vertrete ich mit aller Konsequenz einen Sparkurs, der uns wieder zu einer ausgeglichenen Landesrechnung führen soll. Zur Haushaltsanierung beitragen kann zusätzlich auch die Einnahmen-

seite, wenn es uns gelingt, mit einer aktiven Wirtschaftspolitik unsere wirtschaftliche Gesamtleistung und damit die Steuereinnahmen zu erhöhen. Ob und in welchen Bereichen Anpassungen bei den Abgaben und Steuern ins Auge gefasst werden müssen, hängt stark davon ab, wie rasch der deutlich defizitäre Staatshaushalt saniert und der besorgniserregende Reservenabbau mit anderen Massnahmen gestoppt werden kann.

**lie:zeit** Welche Zukunftsprojekte wollen Sie trotz Sparanstrengungen verwirklichen?

**Klaus Tschütscher:** Die Regierung spricht sich trotz der knappen öffentlichen Mittel für eine Investitionspolitik aus, die unsere Zukunftsfähigkeit sichert. Die Projekte sind in unserer Finanzplanung und in den Jahresbudgets abgebildet. Unter dem alles überstrahlenden Sanierungsdruck sind wir aber bei jeder einzelnen Investition nach wie vor angehalten, die Ausgaben bezüglich Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit vertieft zu prüfen und bezüglich des Realisierungszeitpunkts Prioritäten zu setzen.

**lie:zeit** Was sind die grössten Herausforderungen für unser Land in den kommenden Jahren?

**Klaus Tschütscher:** Die Herausforderungen sind vielfältig. Wichtige politische Schwerpunkte der kommenden Jahre sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Sanierung unseres Staatshaushalts, die Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit als Wissensstandort mit einem zukunfts-fähigen Bildungswesen, die Bewältigung der demografischen Entwicklung bei der Sicherung unserer Sozialwerke, die Förderung und Unterstützung von Familien mit Kindern sowie eine sozialverträgliche Finanzierung unseres Gesundheitswesens.

**lie:zeit** Stichwort: Alters- und Hinterlassenen-Versicherung

*(AHV): Die demografische Entwicklung führt uns vor Augen, dass die ältere Bevölkerungsgruppe zahlenmässig stetig zunimmt und die jüngere abnimmt. Wie kann sichergestellt werden, dass die heute 40jährigen und jüngeren mit dem Austritt aus dem Erwerbsleben auch noch eine Rente bekommen?*

**Klaus Tschüscher:** Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ermöglicht uns zusammen mit den beiden anderen Säulen, der beruflichen sowie der privaten Vorsorge, die Fortsetzung der gewohnten Lebensführung im Alter. Alle drei Säulen zusammen sollen auch auf lange

Sicht das Auskommen im Alter sicherstellen. Bezogen auf die AHV ist sich die liechtensteinische Politik darin einig, dass sich die im Vergleich zu anderen Staaten langfristig gesicherte Rentenfinanzierung auf hohem Niveau bewegt. Wir verfügen noch über einen genügenden Reaktionszeit-

raum für allenfalls notwendige Systemkorrekturen. Allerdings müssen die momentanen Unsicherheiten bezüglich der langfristigen Ausrichtung des Staatsbeitrags aufgrund der zeitlichen Befristung durch den Landtag möglichst bald beseitigt werden.

